

PolRessourcen Politik

PolRess AP2 – Politikansätze und -instrumente

PolRess-Kurzanalyse 12:

Politiktransfer zur Förderung von Ressourceneffizienzpolitiken

Stefan Werland

unter Mitarbeit von Claire Range und Klaus Jacob

Forschungszentrum für Umweltpolitik

Freie Universität Berlin

September 2015

PolRess – Ressourcenpolitik

Ein Projekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes

Laufzeit 01/2012 –05/2015

FKZ: 3711 93 103



**Umwelt
Bundesamt**

Fachbegleitung UBA

Judit Kanthak

Umweltbundesamt

E-Mail: judit.kanthak@uba.de

Tel.: 0340 – 2103 – 2072

Ansprechpartner Projektteam

Dr. Klaus Jacob

Freie Universität Berlin

E-Mail: klaus.jacob@fu-berlin.de

Tel.: 030 – 838 54492

Projektpartner:



i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



Die veröffentlichten Papiere sind Zwischen- bzw. Arbeitsergebnisse der Forschungsnehmer. Sie spiegeln nicht notwendig Positionen der Auftraggeber oder der Ressorts der Bundesregierung wider. Sie stellen Beiträge zur Weiterentwicklung der Debatte dar.

Zum Format der Kurzanalysen:

In den PolRess-Kurzanalysen werden Politikansätze und -instrumente in kurzer Form auf der Basis des Forschungsstandes hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung untersucht. Es werden keine neuen Daten erhoben oder generiert. Detailliertere Analysen werden für einzelne Instrumente in Form von Vertiefungsanalysen durchgeführt (siehe PolRess Website: www.ressourcenpolitik.de).

Zitationsweise: Werland, Stefan (2015): Politiktransfer zur Förderung von Ressourceneffizienz. Kurzanalyse 12 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess). www.ressourcenpolitik.de

Inhalt

1	Problemstellung	1
2	Inhalte und Mechanismen des Politiktransfers.....	1
3	Mechanismen und Beispiele für den Transfer von Ressourcenpolitiken.....	3
3.1	Freiwillige Harmonisierung durch internationale Kooperation	3
3.2	Politikexport durch die EU.....	4
3.3	Politiktransfer durch Umweltpolitikdialoge und Entwicklungszusammenarbeit.....	5
	Politiktransfer durch Umweltpolitikdialoge	5
	Politiktransfer in der Entwicklungszusammenarbeit	6
	Politiktransfer im Rahmen von Rohstoffpartnerschaften	6
3.4	Politiktransfer durch Wettbewerb	7
3.5	Policy Promotion über internationale Politiknetzwerke	8
4	Beispiel guter Praxis: Die japanische Politik zur Verbreitung des 3R-Ansatzes.....	9
5	Fazit und Handlungsempfehlungen für den Transfer von Ressourcenpolitiken	10
	Literatur	12

1 Problemstellung

Durch die Globalisierung von Produktlebenszyklen und die zunehmende internationale Arbeitsteilung reichen nationale Politikansätze nicht länger aus, um die ökologischen Folgen des inländischen Konsums wirksam zu adressieren. Vor allem die ressourcen- und umweltintensiven Phasen der Wertschöpfungsketten werden von den Industrie- in Entwicklungs- und Schwellenländer verlagert, wo Umweltvorgaben tendenziell schwächer ausgeprägt sind und/oder kaum überwacht werden. Die genutzten Technologien sind zudem häufig ineffizient, was die Umweltwirkungen weiter verstärkt (Clift 2003; UNEP 2012, 13, 2013). Entsprechend ist die globale Verantwortung Deutschlands als eine Leitidee im deutschen Ressourceneffizienzprogramm ProgRess verankert (Deutsche Bundesregierung 2012, 28). Der Transfer anspruchsvoller politischer Regulierungen kann nicht nur dazu dienen, die Umweltpolitik im Ausland zu stärken, sondern er ist auch eine Möglichkeit, Innovationsprozesse, die zu höherer Ressourcenproduktivität führen, anzustoßen (Jacob/Bär 2014). Politiktransfer kann zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen auf internationalen Märkten beitragen und potentielle Mehrbelastungen für heimische Unternehmen, die sich aus inländischen Regulierungen ergeben, relativieren. Gleichzeitig können sich auch Marktpotentiale für Ressourceneffizienztechnologien ergeben, von dem auch deutsche Unternehmen profitieren können (Jacob/Bär 2014). In Deutschland bestehen bereits Programme, die das Ziel haben, den Export von Ressourceneffizienztechnologien zu fördern (Range 2014). Die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen im Ausland kann die Dynamik der Exportförderung weiter steigern (Jacob/Bär 2014).

In dieser Kurzanalyse werden zunächst auf Basis einer Literaturlauswertung Mechanismen des Politiktransfers beschrieben und systematisiert. Weiterhin werden Elemente der deutschen Ressourcenpolitik, die sich für einen Transfer eignen, identifiziert und Handlungsoptionen für einen Politikexport aufgezeigt. Die Auswahl der Beispiele kann im Rahmen einer Kurzanalyse nur exemplarisch sein. Die Auswahl dient der Illustration der Mechanismen und basiert auf dem derzeitigen Programm für Ressourceneffizienz (ProgRess) sowie dem Entwurf des BMUB zu dessen Fortschreibung 2016-2019 vom 10.8.2015. Die gleichzeitige Nutzung unterschiedlicher Transfermechanismen kann für einen erfolgreichen Politiktransfer entscheidend sein und unvollständigen Transfer von Politiken vermeiden (Dolowitz/Marsh 1996; Tews 2001). Am Beispiel der japanischen 3R-Initiative als Beispiel guter Praxis wird daher eine Kombination unterschiedlicher Transfermechanismen aufgezeigt. Aus dieser Darstellung werden abschließend Empfehlungen für den Politiktransfer im Bereich Ressourcenpolitik abgeleitet.

2 Inhalte und Mechanismen des Politiktransfers

Politiktransfer bezeichnet die intentionale Übertragung von politischen Konzepten, Ideen oder Politiken bzw. Elementen von Politiken aus einem politischen System in ein anderes politisches System (vgl. Dolowitz/Marsh 1996, 344). Grundsätzlich können jegliche Elemente von Politiken übertragen werden, von konkreten Politikgehalten wie Instrumenten oder technischen Lösungsansätzen über konzeptionelle Ideen, Prinzipien und Programme bis hin zum Aufbau von Institutionen und Kapazitäten (Dolowitz/Marsh 1996, 344; Müller u. a. 2014, 1108). Zum Politiktransfer wird weiterhin die Bereitstellung und Nutzung von Erfahrungen und Wissen über Politiken gezählt, die Politiklernen unterstützt. Dabei geht es nicht zwangsläufig um die deckungsgleiche Übertragung von Politiken, sondern die Ansätze können abgeändert werden, etwa um erkannte Defizite zu vermeiden oder um spezifischen Rahmenbedingungen im Empfängerland Rechnung zu tragen.

Die Empfänger des Politikexports können sowohl andere EU- oder OECD-Länder sein, als auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Der Transfer ist aber nicht auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt. Er kann auch auf anderen politischen Ebenen, beispielsweise zwischen Kommunen, stattfinden (exemplarisch: Marsden/Stead 2011). Denkbar ist auch ein Transfer über politische Ebenen hinweg: so können konstitutive Prinzipien oder Instrumente einer nationalen Politik des exportierenden Landes auf der kommunalen Ebene des Empfängerlandes angewendet werden oder in Demonstrationsprojekten, die im Rahmen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gefördert werden. In solchen Fällen findet ein Politiktransfer statt, wenn diese Beispiele als Vorbild für die Etablierung national gültiger Vorgaben genutzt werden (Jacob/Bär 2014; vgl. auch Olearius u. a. 2010, 15).

Ein mit dem Politiktransfer verwandtes wissenschaftliches Konzept ist die Diffusion von Politiken. Diese beschreibt und analysiert die Ausbreitungsmuster von Politiken bzw. Politikelementen unabhängig von den Motiven eines Politikinnovateurs.¹ Sowohl die Analysen zum Politiktransfer als auch zur Politikdiffusion befassen sich mit den Bedingungen und Mechanismen der Ausbreitung von Politiken. Bei den Mechanismen, die zur Übernahme von Politiken zwischen Staaten führen, und die für den Politikexport genutzt werden können, unterscheidet Tews (Tews 2005, 26–27 vgl. auch Nordbeck 2013, 47) zunächst zwischen kooperativen und hierarchischen Mechanismen eines gerichteten Politiktransfers. Bei kooperativen Formen orientieren sich politische Entscheidungen an einem gemeinsam definierten Standard, der beispielsweise in einem bi- oder multilateralen Abkommen festgelegt wird. Hierarchische Formen basieren hingegen auf einem asymmetrischen Machtverhältnis. Ein Beispiel sind konditionierte Leistungsvergaben in der Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Bereitstellung von Leistungen an die Übernahme bestimmter Politiken gebunden ist. Ein anderes Beispiel für hierarchische Politikdiffusion sind Vorgaben der Europäischen Union an Mitgliedsländer und Beitrittskandidaten. Die Beeinflussung der europäischen Gesetzgebung ist ein möglicher Weg, um Politikstandards in andere Mitgliedsstaaten und in Beitrittskandidaten zu exportieren. Politiktransfer kann demnach entweder direkt zwischen Staaten oder indirekt, über die Beeinflussung supranationaler Institutionen geschehen.

Als weitere Mechanismen, die zur ungerichteten Ausbreitung von Politiken genutzt werden können, zählt Tews (2005) den internationalen Wettbewerb, bei dem Politiken dem Regelungsniveau umweltpolitischer Vorreiterstaaten angepasst werden, um Vorteile im internationalen Wettbewerb zu erlangen bzw. um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden (Tews 2005; Dalhammar u. a. 2014; Vogel 1997). Dahinter steht die Idee, dass eine zunehmende wirtschaftliche Integration und wachsende gegenseitige Abhängigkeiten die Bereitschaft zur Koordinierung von Politiken und Regulierungen fördert (Jacob/Bär 2014, 19). Ein Politiktransfer kann auch indirekt, über die Bereitstellung von Wissen über Probleme und Politiken im Rahmen internationaler Netzwerke, stattfinden (Policy Promotion). Dabei können transfer agents wie wissenschaftliche Gremien oder internationale Institutionen eine wichtige Rolle spielen.

¹ zu den Unterschieden zwischen Transfer und Diffusion als wissenschaftliche Konzept vgl.(Nordbeck 2013)

Form	Mechanismus	Ansatz	Beispiel
Hamonisierung	Freiwillige Kooperation, bi- und multilaterale Abkommen, Partnerschaften	Wahrnehmung gegenseitiger Interdependenz (Bennett 1991, 225); Gemeinsamer Standard als Orientierungspunkt für nationale Politiken;	internationales Abkommen zum Schutz der natürlichen Ressourcen,
Verpflichtung	Anpassungsdruck und Harmonisierung durch internationales oder supranationales Recht;	Beeinflussung der EU-Gesetzgebung	Verankerung von Ressourceneffizienz im internationalen Recht; Übernahme des <i>acquis communautaire</i>
Konditionalität und Anreize	Verknüpfung von finanzieller und/oder technischer Unterstützung an die Übernahme bestimmter Politiken	Konditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit; Entsendung von Experten und Schaffung von Kapazitäten	Vorgaben im Rahmen von Rohstoffpartnerschaften
Wettbewerb	Produktregulierungen setzen Anreize für ausländische Hersteller, sich diesen Standards anzupassen	Marktintegration und Abbau von Handelshemmnissen führt zu Angleichung politischer Vorgaben Interesse von Wirtschaftsakteuren	Ökodesign-Richtlinie
Policy Promotion durch internationale Politiknetzwerke	Kommunikation; Förderung von Politiklernen	Ausbreitung von modellhaften Lösungsvorschlägen und Beispielen guter Praxis durch zwischenstaatliche Foren und transnationale Expertengremien Umweltpolitikberatung Entsendung von Experten und Schaffung von Kapazitäten	UNEP-IRP, OECD G7 Allianz für Ressourceneffizienz; EU Twinning-Projekte WRF, ERF

Mechanismen der Politikdiffusion nach (Tews 2005; Nordbeck 2013)

Bei den oben beschriebenen Mechanismen, die genutzt werden können, um die Ausbreitung von Politiken zu fördern, handelt es sich um Idealtypen. In der Realität sind die Transfermechanismen nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. So können beispielsweise kooperative Arrangements auch kommunikative Komponenten (z.B. Expertengremien und den Austausch von Erfahrungen) beinhalten oder die Entsendung von Experten kann sowohl im Rahmen einer konditionellen Entwicklungszusammenarbeit als auch als Form von Policy Promotion stattfinden.

3 Mechanismen und Beispiele für den Transfer von Ressourcenpolitiken

3.1 Freiwillige Harmonisierung durch internationale Kooperation

Internationale Kooperation zum Ressourcenschutz

Kooperativer Politiktransfer und die Harmonisierung von Politiken basieren auf der Wahrnehmung einer „gegenseitigen Interdependenz“ (Bennett 1991) und darauf aufbauenden freiwilligen bi- und

multilateralen Abkommen, in denen sich die Partner zu gemeinsamen Lösungswegen und einer kooperativen Problemlösung bekennen. Durch internationale Abkommen, in denen gemeinsam definierte internationale Standards festgelegt werden (Tews 2005, 26) können Anreize und Orientierungspunkte für die Entwicklung entsprechender nationaler Politiken gesetzt werden. Auch wenn solche Abkommen völkerrechtlich verbindlich sind, ist die Teilnahme an ihnen freiwillig. Deshalb werden sie trotz ihrer Verbindlichkeit nicht zu den hierarchischen Mechanismen gezählt (Holzinger/Knill 2005, 781; Tews 2005, 26).

Die Schaffung einer internationalen Konvention zum Schutz der natürlichen Ressourcen ist im Entwurf zur Fortschreibung des deutschen Ressourceneffizienzprogramms als langfristiges Ziel ausgewiesen. Ein solches Abkommen kann als Orientierungspunkt für die Entwicklung und als innenpolitisches Machtmittel für die Durchsetzung nationaler Strategien in weiteren Ländern dienen. Ein geteilter Problemdruck, der Staaten zur Kooperation veranlassen könnte, besteht nach Bleischwitz in Preisvolatilitäten auf internationalen Rohstoffmärkten sowie den sozialen und ökologischen Folgewirkungen der Rohstoffgewinnung und -nutzung (Bleischwitz 2009, 148). Als Bezugspunkt der Konvention könnten die einschlägigen Ziele der Sustainable Development Goals angeführt werden.

Eine solche Konvention, in der sich Regierungen zu konstitutiven Prinzipien und grundlegenden Zielen des nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen bekennen, könnte einen gemeinsames Problemverständnis definieren und dadurch den Transfer von Politiken erleichtern. Beispiele für Prinzipien sind die Betrachtung gesamter Produktlebenszyklen und Lieferketten, die Beachtung von Wechselwirkungen zwischen Ressourcen, das Wirtschaften in geschlossenen Stoffkreisläufen oder Vermeidung von internationalen Problemverlagerungen; ein exemplarisches Ziel wäre die globale Entkoppelung von Ressourcennutzung und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Konkretisierung von Handlungsfeldern, spezifischen Zielen, Instrumenten und anerkannten Standards könnte dann in eigenen, angebundenen Prozessen erfolgen.

3.2 Politikexport durch die EU

Umweltpolitik ist in weiten Teilen europäisiert und der Einfluss der europäischen Ebene auf die Politiken der Mitgliedsstaaten ist in vielen Politikfeldern signifikant (Bulmer 2007, 42). Mit der europäischen Ressourcenstrategie, der Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa und dem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa bestehen ressourcenpolitische Orientierungspunkte auf EU-Ebene. Dort, wo die EU als supranationaler Akteur auftritt, werden verbindliche Vorgaben der europäischen Ebene für die Mitgliedstaaten in Richtlinien und Verordnungen dargelegt. Die Beeinflussung der europäischen Vorgaben ist ein Weg, Anpassungsdruck in den anderen Mitgliedstaaten hervorzurufen und dadurch Politikelemente zu exportieren. Staaten, denen es gelingt, ihre eigenen Politiken in europäische Vorgaben zu überführen, können dadurch Anpassungsaufwand vermeiden (Bulmer 2007).

Viele für die Ressourcenpolitik relevante Politikbereiche sind europäisiert oder weisen europäische Elemente auf. Dazu zählen u.a. die Abfall- und Kreislaufwirtschaft, die Energiepolitik, Produktregulierungen, das Chemikalienrecht, die Landwirtschaft, die Innovationsförderung oder die Anlagenzulassung. Das deutsche Ressourceneffizienzprogramm enthält entsprechend einen Handlungsansatz, der die „Weiterentwicklung des politischen und rechtlichen Rahmens auf EU-Ebene“ (Handlungsansatz 20) vorsieht. Ein für den Ressourcenschutz relevantes Beispiel ist die WEEE-Richtlinie², die Vorgaben für die Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten in der EU macht, Verantwortlichkeiten

² Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte

definiert und quantifizierte Ziele für die Behandlung von Altgeräten vorgibt. Derzeit wird der Vorschlag zum Kreislaufwirtschaftspaket der EU überarbeitet, der u.a. quantifizierte Ziele für die Abfallbehandlung enthalten soll.

Neben der klassischen Mitwirkung der Mitgliedstaaten an der europäischen Politikformulierung, z.B. durch Agenda Setting im Europäischen Rat, wurde mit der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (European Resource Efficiency Platform, EREP) ein hochrangiges Forum etabliert, um die Weiterentwicklung der europäischen Ressourcenpolitik zu forcieren. Im Zeitraum von 2012 bis 2014 waren Akteure der EU-Kommission, des EU-Parlaments, Ministerinnen und Minister, darunter auch die deutsche Umweltministerin, sowie der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft in diesem Gremium vertreten. Unter anderem hat die Plattform gefordert, konkrete Ziele für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung zu formulieren und Politikinstrumente wie die Integration von nicht-finanziellen Aspekten in die Unternehmensberichterstattung, der Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Erprobung eines Produkt-Passes oder die Einführung eines Monitoring-Mechanismus für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung vorgeschlagen.

3.3 Politiktransfer durch Umweltpolitikdialoge und Entwicklungszusammenarbeit

Politiktransfer durch Umweltpolitikdialoge

Weitere kooperative Foren, die für die Ausbreitung ressourcenpolitischer Ansätze genutzt werden können, sind die bilateralen Umweltkooperationen zwischen Deutschland und anderen Staaten. Die Kooperation findet dabei zwischen den Umweltministerien statt. Die Gruppe der Partnerstaaten der deutschen Umweltpolitikkooperation ist sehr heterogen und umfasst neben EU-Staaten wie Frankreich und den Staaten Mittel- und Osteuropas auch die USA, China und Indien. Entsprechend unterscheiden sich auch die Politikelemente, die sich für einen Transfer ressourcenpolitischer Politikansätze eignen. Eine umfassende Darstellung kann im Rahmen der Kurzanalyse jedoch nicht durchgeführt werden.

Ein regionaler Schwerpunkt der bilateralen Umweltkooperation des BMUB liegt in Mittel- und Osteuropa und den EU-Nachbarstaaten. Im Rahmen der europäischen Heranführungshilfe für Beitrittskandidaten³ werden Beitrittskandidaten und Neumitglieder bei der Übernahme des europäischen Acquis Communautaire und des entsprechenden Verwaltungsaufbaus unterstützt. Weil die Mitgliedschaft in der EU an die Übernahme der Politiken geknüpft ist, handelt es sich in diesem Fall nicht um eine rein freiwillige Form des Politiktransfers, sondern es spielen auch Elemente von Hierarchie und Konditionalität eine Rolle. Im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik⁴ steht vor allem die Schaffung grundlegender Rahmenbedingungen für eine Umweltpolitik im Vordergrund (Jacob/Bär 2014, 21). Dazu wird das Instrument des Twinning eingesetzt, bei dem Experten aus deutschen Behörden in die Partnerländer entsandt werden.⁵ Ergänzend wird durch das Beratungshilfeprogramm Unterstützung bei der Erstellung umweltpolitischer Programme und Strategien geleistet (UBA 2015). Zu den Schwerpunkten des deutschen umweltpolitischen Engagements zählen der Bereich Abfall- und Entsorgungswirt-

³ Instrument for Pre-Accession; Zielländer sind EU-Beitrittskandidaten und Westbalkan.

⁴ ENP; Zielländer sind Ukraine, Moldau, Südkaukasus, Zentralasien, Mittelmeerränderstaaten

⁵ Seit der Einführung des Instruments bis zum März 2015 hat das BMUB an mehr als 85 Twinning-Projekten teilgenommen. Eine Liste der durchgeführten Projekte ist auf der Seite des BMUB verfügbar www.bmub.bund.de/P840/

schaft, die Integrierte Vermeidung von Umweltverschmutzung (IVU) sowie die allgemeine Unterstützung bei der Erarbeitung von Umweltstrategien (BMUB 2015; UBA 2015).

Politiktransfer in der Entwicklungszusammenarbeit

Im Folgenden werden am Beispiel der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMUB und der Globalen Entwicklungspolitischen Rohstoffinitiative (GERI) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Möglichkeiten des Politiktransfers im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dargestellt.

Die IKI ist die internationale Komponente des integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Aus den Mitteln der IKI werden Klima- und Biodiversitätsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie in den Transformationsstaaten gefördert, wobei die Umsetzung vorwiegend durch die Durchführungorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erfolgt (Jacob/Bär 2014, 23). Der Fokus der IKI liegt auf der Förderung von Modellprojekten, die in den Partnerländern als Beispiele guter Praxis genutzt und damit bottom-up zur Diffusion von Standards und somit zur Politikentwicklung beitragen können (Jacob/Bär 2014, 24). Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nutzt einen Mehrebenenansatz, der langfristige Politikberatung auf nationaler Ebene mit regionalen und lokalen Umsetzungs- und Demonstrationsprojekten kombiniert (Olearius u. a. 2010, 15). Neben der konkreten Projektförderung umfasst die IKI daher auch Maßnahmen der Politikberatung wie Strategische Umweltpolitikdialogforen mit Schwellenländern und zur Kapazitätsbildung in den Partnerländern, beispielsweise zur Entwicklung politischer Strategien und konkreter Politikinstrumente (Jacob/Bär 2014, 23; UBA 2013). Energie- und Ressourcenpolitik sind eng verknüpft (Werland u. a. 2014), entsprechend ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte, um Belange der Ressourcenschonung im Rahmen der IKI einzubringen. Unter anderem wurden im Rahmen der IKI Projekte in den Bereichen Energieeffizienz, Abfallmanagement, Nutzung von Sekundärmaterialien, nachhaltige Gewinnung biotischer Rohstoffen oder der nachhaltigen Stadtentwicklung gefördert. Um die Synergien zwischen Ressourcenschonung und Klimaschutz auszuschöpfen, könnte eine systematische Integration von Ressourcenschutzaspekten in der IKI geprüft werden. Deutschland und die EU importieren einen Großteil der von ihnen genutzten Rohstoffe. Deren Gewinnung erfolgt häufig in Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen Umweltstandards schwach sind bzw. deren Umsetzung nicht kontrolliert wird (BMZ 2010). Durch die Globale Entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GERI) des BMZ soll das entwicklungspolitische Strategiepapier Extraktive Rohstoffe (BMZ 2010) implementiert werden. Neben der Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands geht das Strategiepapier auch auf ökologische und soziale Wirkungen der Rohstoffgewinnung und Möglichkeiten des Technologietransfers ein. In den Partnerländern sollen entsprechend politische Rahmenbedingungen und Kapazitäten geschaffen werden (BMZ 2010 S. 15 ff.); zu den Maßnahmen, die im Rahmen der GERI im bilateralen Rahmen durchgeführt wurden bzw. geplant sind zählen die Überarbeitung des Bergrechts und der Bergbaugesetzgebungen, die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder der Aufbau institutioneller und personeller Kapazitäten für die Durchführung und Kontrolle von Umweltschutzvorgaben. Im Rahmen der Initiative werden derzeit Projekte der bilateralen Zusammenarbeit im Rohstoffsektor mit Burundi, Mosambik und Tansania durchgeführt. Evaluationen der Vorhaben liegen bislang nicht vor, so dass hier keine Einschätzung darüber abgegeben werden kann, in wie weit ein Politiktransfer stattgefunden hat.

Politiktransfer im Rahmen von Rohstoffpartnerschaften

Die Verknüpfung von entwicklungspolitischen Leistungen mit der Übernahme von Regulierungen wird unter anderem bei der Rohstoffgewinnung diskutiert (Ferretti u. a. 2013; Werland 2012). Zur

Sicherung der Rohstoffversorgung hat Deutschland unter Führung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit einigen Lieferländern abgeschlossen. Bisher wurden Partnerschaften in Form von völkerrechtlichen Abkommen mit Kasachstan⁶, Mongolei⁷ und Peru⁸ sowie ein Rohstoffkooperationsvertrag mit Chile unterzeichnet. Die Rohstoffpartnerschaften zielen im Kern auf privatwirtschaftliche Kooperationen ab, welche dann „[...] mit außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Instrumentarien abgesichert und flankiert werden können“⁹ (vgl. Ferretti et al. 2013). Die Partner haben sich zwar zu diesen Schwerpunkten verpflichtet, jedoch sind keine Durchsetzungsmechanismen vorgesehen, die eine Nichterfüllung sanktionieren würden (vgl. Dahmann/Mildner 2013: 5); inwiefern hier tatsächlich ein Umweltpolitiktransfer stattgefunden hat ist daher fraglich. Ferretti et al. schlagen unter anderem den Transfer europäischer Umweltauflagen in die Partnerländer und Hilfen für den Kapazitätsaufbau vor (Ferretti u. a. 2013). Die Etablierung von Recyclingpartnerschaften mit solchen Staaten, die nur gering ausgeprägte abfallwirtschaftliche Strukturen aufweisen, wäre ein weiterer Ansatzpunkt, um Politiken zu exportieren und damit möglicherweise auch den Export von Technologien eines weiteren umwelttechnologischen Leitmarkts zu fördern. Gegenstand des Politiktransfers könnte Expertise über den Aufbau von Sammel- und Recyclingstrukturen für Abfallströme sein.

Um einen tatsächlichen Politiktransfer zu erreichen sollte als Erwartung an solche Initiativen nicht nur formuliert werden, dass entsprechende Anforderungen in den Abkommen enthalten sind und die Auswirkungen konkreter Projekte und Aktivitäten tatsächlich verringert werden. Vielmehr sollte aus diesen Beispielen mittelfristig bottom-up eine nationale Politik mit entsprechenden Kapazitäten entwickelt werden.

3.4 Politiktransfer durch Wettbewerb

Die zunehmende ökonomische Integration und der grenzüberschreitende Handel kann ebenfalls als Hebel für Politiktransfer genutzt werden. Der Politikexport nutzt in diesen Beispielen das Interesse der betroffenen Unternehmen, möglichst einheitliche Konditionen über mehrere Märkte hinweg zu schaffen (Jacob/Bär 2014, 19; Bennett 1991). Ein Beispiel dafür sind Mindeststandards für Produkte, die auf einem Markt eingeführt werden. Um weiterhin Produkte auf dem regulierten Markt anbieten zu können, müssen auch ausländische Anbieter die Mindeststandards erfüllen, was letztlich eine Übernahme von Regelungen des produktbezogenen Umweltschutzes in anderen Staaten nach sich ziehen kann (Dalhammar u. a. 2014; Tews 2005). Wenn Hersteller auf verschiedenen Märkten mit jeweils unterschiedlichen Vorgaben konfrontiert werden, kann dadurch ein politischer Druck entstehen, die jeweiligen Anforderungen einander anzupassen (Jacob/Bär 2014, 19). Auch Labels z.B. zum Energieverbrauch von Produkten können auf diese Weise verbreitet werden (Tews 2005, 172).

Produktregulierungen können aufgrund des gemeinsamen Binnenmarktes nur auf europäischer Ebene getroffen werden. In der EU ist die Ökodesign-Richtlinie für die möglichst umweltgerechte Gestaltung von Produkten maßgeblich. Diese fokussiert derzeit auf die Energieeffizienz, es ist aber vorgese-

⁶ BMWi 2012: Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich.

⁷ BMWi 2011: Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich.

⁸ BMWi 2014: Pressemitteilung vom 14.07.2014: Rohstoffpartnerschaft mit Peru abgeschlossen. Online verfügbar unter:

<http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=646314.html> (zuletzt abgerufen am 30.04.2015).

⁹ <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/rohstoffpolitik.html>

hen, Kriterien für die Ressourceneffizienz von Produkten zu erarbeiten und in den Durchführungsbestimmungen der Richtlinie zu nutzen (Europäische Kommission 2014). Zudem verbessert ein möglichst großer Markt die Chance, dass Produktvorgaben übernommen werden. Eine Studie des Nordic Council kommt zu dem Ergebnis, dass die extraterritoriale Reichweite der europäischen Produktpolitik im Vergleich zu anderen Politikansätzen relativ hoch sei. Produktregulierungen, die den europäischen Vorgaben entsprechen, würden häufig von anderen Staaten übernommen und damit auch außerhalb der EU wirken (Dalhammar u. a. 2014).

3.5 Policy Promotion über internationale Politiknetzwerke

Policy Promotion beruht auf der Bereitstellung von Informationen über und Erfahrungen – einschließlich negativer Erfahrungen – mit Politiken. Dabei liefern Beispiele aus dem Ausland Begründungen für Reformen im Inland (Tews 2001). Dieser Prozess wird in der Literatur unter unterschiedlichen Begriffen gefasst, unter anderem lesson drawing (Dolowitz/Marsh 2000) decision maker learning (Dunlop 2009) oder policy learning (Toens/Landwehr 2009). Internationalen Netzwerken von Regierungen und weiteren Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen oder der Wissenschaft kommt dabei häufig eine wichtige Rolle zu (Dunlop 2009). Dolowitz und Marsh (2000) nennen u.a. die OECD, die G7 und die Vereinten Nationen als Organisationen, die nationale Politikformulierung auch indirekt durch die Bereitstellung von Informationen, die Ausrichtung von Veranstaltungen und die Publikation von Studien und Berichten beeinflussen (Dolowitz/Marsh 2000, 11; Clifton/Díaz-Fuentes 2014). Vor allem die OECD gilt als erfolgreich, wenn es darum geht, Politiklernen und Politiktransfer zwischen einer relativ homogenen Gruppe von westlichen Industrieländern zu erleichtern (Clifton/Díaz-Fuentes 2014). Politiknetzwerke können auch genutzt werden, um ein international geteiltes Problemverständnis zu schaffen (framing) und auf diese Weise den Transfer von Politiken erleichtern.

Mit dem 2012 verabschiedeten Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung zählt Deutschland zu den internationalen Vorreitern bei der Entwicklung nationaler Ressourcenstrategien. ProgRess könnte als Beispiel genutzt werden, um Lernprozesse in anderen Staaten anzustoßen und dadurch Ressourcenstrategien in weiteren Ländern zu etablieren bzw. bestehende Strategien und Politikziele anzugleichen. Anlässlich des G7-Treffens 2015 hat die deutsche Bundesregierung die Schaffung einer Allianz für Ressourceneffizienz angekündigt. In der Abschlusserklärung des G7-Gipfels 2015 erklären die Teilnehmerstaaten, „weiterhin ehrgeizige Maßnahmen [zu] ergreifen, um die Ressourceneffizienz im Rahmen von breiter angelegten Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Materialwirtschaft und von Kreislaufgesellschaften zu verbessern“. In Ausweitung der Japanischen 3R-Aktionsplans von Kobe (vgl. Kap. 4) hat die deutsche G7-Ratspräsidentschaft im Jahr 2015 eine Allianz für Ressourceneffizienz ins Leben gerufen. In der Abschlusserklärung des G7-Gipfels heißt es dazu, dass die Allianz als „freiwilliges Forum für den Wissensaustausch und für die Bildung von Informationsnetzwerken“ genutzt werden soll. Ferner werden das International Resource Panel des UNEP und die OECD um die Erstellung eines Syntheseberichts zu Potenzialen und Lösungen auf dem Gebiet der Ressourceneffizienz sowie um die Ausarbeitung entsprechender politischer Leitlinien ersucht.

Weitere Transferagenten, die Politiklernen und dadurch die Ausbreitung von Politiken erleichtern, sind internationale Expertengremien (epistemic communities oder advocacy coalitions) wie das IPCC im Klimabereich, die Wissen in aufbereiteter Form für politische Entscheidungsträger zusammenstellen. Die bereitgestellten Wissensinhalte können Problemwissen, Lösungsansätze oder Beispiele für gute Politiken umfassen (Bennett 1991). Mit dem International Resources Panel (IRP) des UNEP be-

steht ein anerkanntes Expertenforum, das sich mit unterschiedlichen Aspekten des Ressourcenschutzes befasst. Die Rolle des IRP könnte im Rahmen einer internationalen Ressourcenkommission weiter aufgewertet werden um ein international geteiltes Problemverständnis zu erlangen und dadurch Politikdiffusion zu erleichtern (Bleischwitz 2009).

4 Beispiel guter Praxis: Die japanische Politik zur Verbreitung des 3R-Ansatzes

Am Beispiel des japanischen 3R-Konzept (reduce, reuse, recycle) wird aufgezeigt, wie unterschiedliche Mechanismen des Politiktransfers genutzt werden können, um Elemente einer Politik in andere Länder zu exportieren. Die jeweiligen Inhalte, Foren und Mechanismen unterscheiden sich dabei je nach Zielland und -region.

Ein Ziel des japanischen 3R-Konzepts ist die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft. Grundlage des Konzepts bilden das im Jahr 2000 verabschiedete Rahmengesetz zum Aufbau einer Materialkreislaufgesellschaft¹⁰, der Rahmenplan zum Aufbau einer Materialkreislaufwirtschaft¹¹ aus dem Jahr 2003 sowie eine Vielzahl weiterführende Gesetze (Bahn-Walkowiak u. a. 2007; Hotta 2013, 166; Hezri 2010). Dabei hat Japan auch Elemente des deutschen bzw. europäischen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes übernommen und weiterentwickelt (Bahn-Walkowiak u. a. 2007).

Ähnlich wie Deutschland ist Japan ein hoch entwickeltes, aber rohstoffarmes Industrieland. Vor dem Hintergrund einer hohen Importabhängigkeit und zunehmenden grenzüberschreitenden Materialabflüssen durch Alt- und Gebrauchtgeräten wurden Anstrengungen unternommen, das Konzept in weitere Staaten vor allem der Asien-Pazifik-Region zu übertragen. Der 3R-Ansatz ist auch ein Versuch, durch die Schaffung eines internationalen bzw. regionalen Markts für Sekundärmaterialien zur Versorgungssicherheit Japans beizutragen (Bahn-Walkowiak u. a. 2007; Hotta 2013).

Um die Verbreitung des Konzepts zu fördern nutzt die japanische Regierung mehrere Mechanismen auf unterschiedlichen Politikebenen: vom Ziel der Etablierung einer globalen Kreislaufwirtschaft über regionalen Politiktransfer in der Asien-Pazifik Region bis hin zu Kooperationen zwischen japanischen und anderen Städten (vgl. Bahn-Walkowiak u. a. 2007, 20).

Freiwillige Vereinbarungen / Kooperationen

Das 3R-Konzept wurde in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Treffens der G8 im Jahr 2008 in Hokkaido erwähnt. Zusätzlich wurde auf dem Umweltministertreffen der G8 in Kobe 2008 der *Kobe 3R Action Plan* verabschiedet, in dem Ziele und konkrete Maßnahmen zur nationalen Einführung von 3R-Politiken, zur Etablierung einer globalen Materialkreislaufwirtschaft und zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern vereinbart wurden. Zur Überprüfung wurde die OECD gebeten, bis zum Jahr 2011 einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Auf japanische Initiative wurde im Jahr 2009 das *Regional 3R Forum in Asia* als regionales Forum gegründet. Dieses jährlich stattfindende Treffen von Politikern, Wissenschaftlern und Akteuren der Zivilgesellschaft wird durch das United Nations Centre for Regional Development (UNCRD) organisiert. Auf dem vierten *Regionalen 3R Forum* wurde im Jahr 2013 die Ha Noi 3R Declaration verab-

¹⁰ Basic Law for Establishing a Sound Material-Cycle Society

¹¹ Fundamental Plan for Establishing a Sound Material-Cycle Society

schiedet, in der 33 3R-Ziele ausgewiesen sind. In der Deklaration bekennen sich die Vertreter von 30 Staaten der Asien-Pazifik Region zum Ziel, bis zum Jahr 2023 die Ziele des 3R-Konzeptes umzusetzen.

Politiktransfer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Ein weiterer Kanal der Verbreitung des 3R-Ansatzes ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Die japanische Regierung fokussiert dabei auf südostasiatische Entwicklungsländer, denen sie politische Dialoge und Unterstützung bei der Bildung von Kapazitäten auf nationaler und subnationaler Ebene und bei der Entwicklung politischer Strategien anbietet (Hotta 2011). Dabei werden die spezifischen Rahmenbedingungen im jeweiligen Partnerland berücksichtigt: Das japanische Institute for Global Environmental Strategies (IGES) hat einen Ansatz für den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft in verschiedenen Ländern entworfen, der vier aufeinander aufbauende Phasen enthält. Je nach Entwicklungsstand des Ziellandes können einzelne Phasen ausgelassen werden können. Die Japan International Cooperation Agency (JICA) stellt sowohl finanzielle als auch technische Hilfe dazu bereit und hat beispielsweise die Entwicklung der nationalen 3R-Strategie Bangladeschs und die Entwicklung eines Masterplans für den Abfallbereich in Dhaka begleitet (Matter u. a. 2015).

Die Aktivitäten zum Transfer von 3R Politiken beziehen auch Akteure der subnationalen Ebene wie Stadt- und Lokalregierungen mit ein. Beispielsweise wurde ein Aktionsplan zum integrierten Abfallmanagement zwischen der Stadt Osaka und Ho Chi Minh Stadt vereinbart. Zudem sollen japanische Lokalregierungen vermehrt Verantwortung in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern übernehmen.

Policy Promotion durch internationale Netzwerke

Die oben genannten freiwilligen Kooperationen sind im Rahmen der G8 und des Regional 3R Forum in Asia sind eng mit dem der Bereitstellung von Wissen über Politiken verbunden. Im Rahmen des 3R Froum soll eine strategische Politikberatung für Regierungen angeboten werden, um die Berücksichtigung der 3R-Prinzipien in nationalen Entwicklungsplänen zu fördern (UNCRD 2015). Die OECD wurde in der Erklärung der G8 Umweltminister von 2008 in Kobe ersucht, Fortschrittsberichte zur Verbesserung der Ressourceneffizienz zu erstellen und im Jahr 2011 publizierte die OECD den Bericht Resource Productivity in the G8 and the OECD. Über das Umweltprogramm der Vereinten Nationen wurde im Jahr 2013 die Publikation „The Japanese Industrial Waste Experience: Lessons for rapidly industrializing countries“ (UNEP 2013) herausgegeben, der aus den Erfahrungen in Japan Empfehlungen für die Politikentwicklung auf nationaler und lokaler Ebene in sich schnell entwickelnden Schwellenländern ableitet.

5 Fazit und Handlungsempfehlungen für den Transfer von Ressourcenpolitiken

Die Untersuchung hat gezeigt, dass politische Akteure in Deutschland und der EU bereits das gesamte Spektrum der in der Literatur zu findenden Transfermechanismen nutzen, um Umweltpolitiken zu transferieren. Die exportierten Politikinhalte sind in vielen Fällen direkt für den schonenden Umgang mit Ressourcen relevant (z.B. Abfallmanagement) oder können mit ressourcenpolitischen Aspekten verknüpft werden (Rohstoffgewinnung, Energieeffizienz). Ansätze des Politiktransfers lassen sich über alle Stufen der globalisierten Wertschöpfungsketten hinweg identifizieren: von der Rohstoffgewinnung (bspw. im Rahmen der GERI) über die Produktion (bspw. im Rahmen der IKI) und die Produkteigenschaften (Ökodesign-Richtlinie) bis zur Entsorgung (bspw. im Rahmen der bilateralen Kooperation). Zu den deutschen Akteuren des Politiktransfers zählen dabei nicht nur das Umweltminis-

terium und das Umweltbundesamt, sondern auch das BMZ und die entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen oder das Wirtschaftsministerium. Dabei werden unterschiedliche politische Ebenen genutzt: von der globalen Ebene (angestrebte Ressourcenkonvention), über die G7 und bilaterale Kooperationen, bis hin zu konkreten Projekten vor Ort.

Die Analyse hat aber auch gezeigt, dass diese Vorhaben zwar viele Aspekte von Ressourcenpolitik abdecken oder an ressourcenpolitische Zielvorstellungen anschlussfähig sind, es aber keinen internationalen ressourcenpolitischen Ordnungsrahmen gibt, in den die bestehenden Aktivitäten eingebunden sind. Ressourcenpolitik ist wesentlich breiter angelegt als beispielsweise der japanische 3R-Ansatz. Daher ist ein von den unterschiedlichen (nationalen und internationalen) Akteuren akzeptierter Ordnungsrahmen notwendig, um Synergien zwischen den transferierten Inhalten zu nutzen, Konflikte und Problemverlagerungen zu vermeiden und Belange der Ressourceneffizienz systematisch in den bestehenden Ansätzen und Mechanismen des Politiktransfers zu verorten.

Ein solcher Ordnungsrahmen, in dem konstitutive Prinzipien einer Ressourcenpolitik dargelegt sind, findet sich auf nationaler Ebene in ProgRess. Stoffströme, Lieferketten und Auswirkungen, die mit der Ressourcennutzung einhergehen, sind aber globalisiert. Eine internationale Diffusion von Ressourcenpolitiken und die Harmonisierung von Umwelt- und Ressourcenpolitiken würde durch eine zwischenstaatliche Koordination erleichtert. Dazu könnten grundlegende Prinzipien und Ziele in einem internationalen Strategiedokument – wie der in ProgRess angesprochenen Ressourcenkonvention – dokumentiert werden. Als Bezugspunkt könnten die Sustainable Development Goals der UN genutzt werden. Entsprechende Prinzipien wären Vermeidung von Problemverlagerungen zwischen den Regionen, die Kreislaufführung von Materialien, die Beachtung des Nexus zwischen den Ressourcentypen oder die Betrachtung von globalisierten Produktlebenszyklen; als Ziele könnte beispielsweise die Entkopplung der Ressourcennutzung von negativen Umweltfolgen oder anzustrebende Werte für die Ressourcennutzung pro-Kopf formuliert werden. Ein solcher international geteilter Ordnungsrahmen könnte zwischenstaatlichen Politiktransfer begünstigen und dabei helfen, die bestehenden Aktivitäten der Transfer-Akteure, die auf unterschiedlichen politischen Ebenen angesiedelt sind und sich unterschiedlicher Transfermechanismen bedienen, in ein kohärentes ressourcenpolitisches Gesamtbild zu fügen.

Literatur

- Bahn-Walkowiak, Bettina/Bleischwitz, Raimund/Machiba, Tomoo*, 2007: Dematerialisierung und Ressourceneffizienz in Japan, Wuppertal.
- Bennett, Colin J.*, 1991: What Is Policy Convergence and What Causes It?, in: *British Journal of Political Science* 21, 215.
- Bleischwitz, Raimund*, 2009: Ein Internationales Abkommen als Kernelement eines Globalen Ressourcenmanagements, in: *Globale Rohstoffpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 147–162.
- BMUB*, 2015: Deutsche Beteiligung am Twinning-Instrument der EU, abrufbar unter: <http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/europa-und-umwelt/twinning-instrument/>.
- BMZ*, 2010: Entwicklungspolitisches Strategiepapier Extraktive Rohstoffe,.
- Bulmer, Simon*, 2007: Germany, Britain and the European Union: Convergence through Policy Transfer?, in: *German Politics* 16, 39–57.
- Clift, Roland*, 2003: Metrics for supply chain sustainability, in: *Clean Technologies and Environmental Policy* 5, 240–247, abrufbar unter: <http://www.springerlink.com/openurl.asp?genre=article&id=doi:10.1007/s10098-003-0220-0>.
- Clifton, Judith/Díaz-Fuentes, Daniel*, 2014: The OECD and “The Rest”: Analyzing the Limits of Policy Transfer, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 16, 249–265, abrufbar unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13876988.2013.877674>.
- Dalhammar, Carl/Machacek, Erika/Bundgaard, Anja/Zacho, Kristina Overgaard/u. a.*, 2014: Addressing resource efficiency through the Ecodesign Directive, abrufbar unter: <http://urn.kb.se/resolve?urn=urn:nbn:se:norden:org:diva-3060>.
- Deutsche Bundesregierung*, 2012: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes). Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Beschluss des Bundeskabinetts vom 29.2.2012. *Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit* (Hrsg.), Berlin.
- Dolowitz, David/Marsh, David*, 1996: Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature, in: *Political Studies* 21, 343–351.
- Dolowitz, David P./Marsh, David*, 2000: Learning from Abroad: The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making, in: *Governance* 13, 5–23, abrufbar unter: <http://doi.wiley.com/10.1111/0952-1895.00121>.
- Dunlop, Claire A.*, 2009: Policy transfer as learning: capturing variation in what decision-makers learn from epistemic communities, in: *Policy Studies* 30, 289–311, abrufbar unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01442870902863869>.
- Europäische Kommission*, 2014: Jährliches Arbeitsprogramm 2015 der Union für europäische Normung. COM (2014) 500 final.

- Ferretti, Johanna/Jacob, Klaus/Werland, Stefan*, 2013: Rohstoffpartnerschaften im Rahmen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Berlin.
- Hezri, A. A.*, 2010: Toward 3R-Based Waste Management: Policy Change in Japan, Malaysia and the Philippines, in: *Kojima, M.* (Hrsg.), 3R Policies for Southeast and East Asia. ERIA Research Project Report 2009-10. Jakarta, 274–290.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christoph*, 2005: Causes and conditions of cross-national policy convergence, in: *Journal of European Public Policy* 12, 775–796.
- Hotta, Yasuhiko*, 2011: Is Resource Efficiency a Solution for Sustainability Challenges?, in: *Sapiens* 4, abrufbar unter: <http://sapiens.revues.org/1161#tocto3n2>.
- Hotta, Yasuhiko*, 2013: Recycling Policy: The Sound Material Cycle Society and 3R Concepts from Japan to Developing Asia, in: *Hester, R E/Harrison, R M* (Hrsg.), *Waste as a resource*. 162–186, abrufbar unter: <http://ebook.rsc.org/?DOI=10.1039/9781849737883-00162>.
- Jacob, Klaus/Bär, Holger*, 2014: Exportförderung innovativer Umwelttechnologien durch den Transfer von Umweltpolitik, Berlin, abrufbar unter: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCs_derivate_000000003886/Jacob_Bxr_Umweltpolitiktransfer.pdf.
- Marsden, Greg/Stead, Dominic*, 2011: Policy transfer and learning in the field of transport: A review of concepts and evidence, in: *Transport Policy* 18, 492–500, abrufbar unter: <http://linkinghub.elsevier.com/retrieve/pii/S0967070X10001319>.
- Matter, Anne/Ahsan, Mehedi/Marbach, Michelle/Zurbrügg, Christian*, 2015: Impacts of policy and market incentives for solid waste recycling in Dhaka, Bangladesh, in: *Waste Management* 39, 321–328.
- Müller, Patrick/Kudrna, Zdenek/Falkner, Gerda*, 2014: EU–global interactions: policy export, import, promotion and protection, in: *Journal of European Public Policy* 21, 1102–1119, abrufbar unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13501763.2014.914237>.
- Nordbeck, Ralf*, 2013: Internationaler Politiktransfer im fallinternen Vergleich: Nationale Umweltaktionsprogramme in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas, Springer, abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-00384-5_10.
- Olearius, Axel/Probst, Kirsten/Künkel, Nana/Paulus, Stephan/u. a.*, 2010: Umwelt – Politik – Beratung. Ein Orientierungspapier für die internationale Zusammenarbeit, Eschborn.
- Range, Claire*, 2014: Prüfung der bestehenden Beratungsprogramme für Exportförderung hinsichtlich der Berücksichtigung von RE-Technologien, Berlin, abrufbar unter: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCs_derivate_000000003405/PolRessxAP2_Kurzanalyse8-BeratungsprogrammexfxrExportfxrderung_ffu.pdf.
- Tews, Kerstin*, 2001: Politiktransfer: Phänomen zwischen Policy-Lernen und Oktroi. Überlegungen zu unfreiwilligen Umweltpolitikimporten am Beispiel der EU- Osterweiterung, Berlin, abrufbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/publikationen/2001/tews_kerstin_2001/rep_01-07.PDF.

- Tews, Kerstin*, 2005: Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen: Eckpunkte eines Analysemodells, in: Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen im internationalen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25–54, abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-322-80813-4_2.
- Toens, Katrin/Landwehr, Claudia*, 2009: The uncertain potential of policy-learning: a comparative assessment of three varieties, in: *Policy Studies* 30, 347–363.
- UBA*, 2013: Evaluierung der internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Dessau-Roßlau.
- UBA*, 2015: Beratungshilfeprogramm des BMUB, abrufbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/kooperation-in-mittel-osteuropa-dem-kaukasus/beratungshilfeprogramm-des-bmub>, letzter Zugriff am 22.9.2015.
- UNCRD*, 2015: Regional 3R Forum in Asia and the Pacific, abrufbar unter: <http://www.uncrd.or.jp/index.php?menu=389>.
- UNEP*, 2012: Responsible Resource Management for a Sustainable World: Findings from the International Resource Panel, abrufbar unter: http://www.unep.org/resourcepanel-old/Portals/24102/PDFs/SYNOPSIS_Final_compressed.pdf.
- UNEP*, 2013: Environmental Risks and Challenges of Anthropogenic Metals Flows and Cycles. A Report of the Working Group on the Global Metal Flows to the International Resource Panel. *van der Voet, Ester/Salminen, Reijo/Eckelman, Matthew/Mudd, Gavin/u. a.* (Hrsg.),.
- Vogel, David*, 1997: Trading up and governing across: Transnational governance and environmental protection., in: *Journal of European Public Policy* 4, 556–571.
- Werland, Stefan*, 2012: Debattenanalyse Rohstoffknappheit, Berlin.
- Werland, Stefan/Graaf, Lisa/Jacob, Klaus/Bringezu, Stefan/u. a.*, 2014: Nexus Ressourceneffizienz und Energiewende, Berlin, abrufbar unter: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCs_derivate_000000004125/Nexus_Ressourceneffizienz.pdf.